

Sprecher Hartwig Berger seit geraumer Zeit „ein Verfahren der kritischen wissenschaftlichen Disputation“ vorgeschlagen, dem sich die BAG nun insgesamt anschließt: „Analog einem Gerichtsverfahren (aber ohne gerichtliche Entscheidungskompetenz)“ werde beiden Seiten im wissenschaftlichen Konflikt „zugemutet, ihre wesentlichen Hypothesen, Theorien, empirischen Befunde, die Interpretation der Befunde und vor allem ihre (zumeist impliziten) Hintergrundannahmen vorzulegen und zur Diskussion – auch gegeneinander – zu stellen.“ Dieses Verfahren müsse von einem „kompetenten und vor allem in Wissenschaftstheorie und analytischem Denken geschulten Gremium unabhängiger Persönlichkeiten geleitet und moderiert werden, das zum Abschluß eine (sicher nicht endgültige) Urteilsfindung versucht“. Die grüne

Arbeitsgemeinschaft stellt sich die Durchführung im Rahmen einer Akademie der Wissenschaften als gute Möglichkeit vor. Berger: „Wir empfehlen dringend, bei künftigen empirischen Untersuchungen in der Sache immer beide streitenden wissenschaftlichen Parteien einzubinden, während sich die Staatsseite heraushalten sollte. Den staatlichen Organen empfehlen wir dringend, im Streitfall nicht weiter als Partei für oder gegen einen Teil der Leukämie-Kommission aufzutreten und zur Rolle der Moderatorin zurückzufinden“. Es sei „nicht die Aufgabe von staatlichen Institutionen – und erst recht natürlich nicht von Parteien –“ in wissenschaftlichen Kontroversen Partei zu ergreifen, finden Berger und seine Parteikolleginnen und Kollegen. Sie scheinen nicht zu bemerken, daß sie damit ein Grundelement grüner Theorie und

Praxis in der Umwelt- und Atompolitik aufgeben.

### **Die schleswig-holsteinische Sozial- und Gesundheitsministerin Dr. Gitta Trauernicht soll Stellung beziehen**

Die Gesellschaft für Strahlenschutz und die Ärzteorganisation IPPNW wollen wissen, wie es nun nach dem Rücktritt der schleswig-holsteinischen Leukämiekommission weitergeht. In einem offenen Brief vom 6. Dezember 2004 an Schleswig-Holsteins Sozial- und Gesundheitsministerin Dr. Gitta Trauernicht äußern sie die Besorgnis, daß eine Aufklärung wegen der anhaltenden Ablehnung der Ergebnisse der Kommission durch die Landesregierung unmöglich gemacht werde. Sie möchten wissen, „welche Maßnahmen das Ministerium plant, um die Ursachen für die anhaltende Erhöhung der Erkrankungen

zu ermitteln und zu beseitigen“. Sie weisen auf eine Vielzahl von Fragen hin, deren Beantwortung das zuständige Ministerium bisher verweigert hat sowie auf die Befangenheit der federführenden Reaktoraufsichtsabteilung und erklären ihr Unverständnis darüber, daß die Landesregierung die Untersuchungen unabhängiger und erfahrener Laboratorien an deutschen und ausländischen Universitäten nicht ernstnimmt. Die sechs Mitglieder der Kommission um den Vorsitzenden Prof. Dr. Otmar Wassermann gehen davon aus, daß die Erkrankungen der Kinder auf ein Überlappen von Emissionen aus dem Atomkraftwerk Krümmel und bisher geheimgehaltenen kerntechnischen Sonderexperimenten zurückzuführen sind. ●

## **Berufskrankheiten**

### **Die Ermittlung der Strahlenbelastung bei der SDAG Wismut ist heute immer noch Geheimsache**

**Für die Veröffentlichung der sogenannten Job-Exposure-Matrix (JEM) und ihrer Grundlagen streitet der Strahlenexperte der Gewerkschaften, Dr. Gerd Georg Eigenwillig im November-Heft 2004 des Zentralblattes für Arbeitsmedizin, Arbeitsschutz und Ergonomie. Detailliert weist Eigenwillig auf Fehler und Schwächen bei den Ermittlungen der Strahlenbelastung von Beschäftigten der früheren Sowjetisch-Deutschen Aktiengesellschaft (SDAG) Wismut hin, wie sie heute im Rahmen von Anerkennungsverfahren für Berufskrankheiten durchgeführt werden. Das Bewer-**

**tungsschema, die sogenannte Job-Exposure-Matrix, ihre Eingangsdaten und die Methode ihrer Erstellung wurden bisher nicht von der Berufsgenossenschaft veröffentlicht, entziehen sich daher der Diskussion und machen ihre Überprüfung unmöglich, rügt Eigenwillig.**

In Sachsen und Thüringen wurde von 1946 bis 1990 Uranerz von der SDAG Wismut gefördert. Von 1946 bis 1954 wurden keine Konzentrationsmessungen von Radon und Radon-Zerfallsprodukten zum Strahlenschutz für die Beschäftigten durchgeführt. Die Strahlenbelastung kann für diesen Zeitraum deshalb nur mit Hilfe von Modellen retrospektiv ermittelt werden,

erklärt Eigenwillig. Dabei muß die Entstehungsgeschichte der Bergbauobjekte beachtet werden. So entstand etwa das Bergbauobjekt 09 bei Schlema-Alberoda im Erzgebirge durch Teilung des Objektes 02. Zwischen beiden Objekten bestanden auf fast allen Sohlen Verbindungsbauwerke, die Grubengebäude gingen ineinander über. Heute wird jedoch unterstellt, das Objekt 09 sei im Revier Niederschlema-Alberoda als Neuaufschluß ohne Verbindung zu bestehenden Bergwerken begonnen worden. Das ist falsch, rügt Eigenwillig, die Expositionen durch Radon und Radonzerfallsprodukte werden deshalb heute zum Beispiel für das Bergbauobjekt 09 vor dem Jahr 1955 systematisch zu niedrig angesetzt.

Erst Ende 1954 wurde in der Wismut ein Zentraler Dosimetrischer Dienst gegründet. Er stand unter sowjetischer Leitung und bestand aus 16, 1956 aus 18 Personen. Erst 1957 wurden mehrere objektbezogene dosimetrische Dien-

ste gebildet. Messungen wurden nur in wenigen Schächten der jeweiligen Objekte durchgeführt, zum Beispiel 1955 im Objekt 02 in nur vier von 35 Tagesschächten und Stollen, und waren jedenfalls nicht repräsentativ, berichtet Eigenwillig. Die Verwendung von Meßdaten müsse deshalb kritisch bewertet werden, vor allem weil sie zunehmend, etwa durch Mittelwertbildung für Schächte und Objekte zusammengefaßt werden. So weisen die heute verwendeten Tabellenwerke zum Teil Maximalwerte aus, die sogar unterhalb von Meßwerten liegen, zeigt Eigenwillig. Zudem habe es keine Langzeitmessungen gegeben und die Probennahmen und direkten Messungen seien bis 1990 diskontinuierlich gewesen, zum Beispiel nur einmal im Monat.

Repräsentative Meßwerte zur Ermittlung der individuellen Exposition waren bis 1990 nicht verfügbar, verwendet werden aber heute gemittelte und weitgehend zusammengefaßte Daten im Zuge einer nicht spezifizierten Konven-

tion, rügt Eigenwillig. Das führe zur Nivellierung der Exposition. Auch die Emanation von Radon und Radonzerfallsprodukten aus Spalten und Klüften sowie Radon aus Grubenwässern, das zum Teil sogar getrunken wurde und vor allem örtlich zu erheblichen Radon-Konzentrationen in der Grubenluft führen kann, sei bisher bei der Ermittlung der Exposition der Bergleute nicht berücksichtigt worden, obwohl zahlreiche Veröffentlichungen und Strahlenschutzempfehlungen darauf hinweisen, daß dies zu beachten ist – sogar von der Internationalen Strahlenschutzkommission ICRP und der Internationalen Atomenergieagentur IAEA.

Die Ergebnisse der Messungen, der Modelle und der Rückwärtsermittlung werden für die Beschäftigten mit deren tätigkeitsbezogenen, zeitlichen und örtlichen Arbeitsbedingungen verknüpft. Das Resultat dieser Verknüpfung ist die „Job-Exposure-Matrix“ (JEM). Diese wird verwendet zur Ermittlung der Strahlenbelastung für die Feststellungsverfahren bei Berufskrankheiten, für die Planung der Zeiträume für nachgehende medizinische Untersuchungen und die Betreuung der ehemaligen Wismut-Beschäftigten sowie für epidemiologische Forschung.

Dr. Gerd Georg Eigenwillig: „Die JEM, ihre Eingangsdaten und die Methode ihrer Erstellung wurden bisher nicht veröffentlicht und entziehen sich daher der Diskussion. Das macht ihre Überprüfung nicht möglich. Damit ist ihre Verwendung ohne Basis. Das zeigt schon die Diskussion über die Historie der Objekte 02 und 09 und über die Daten der Aktivitätskonzentrationen. Diesem Zustand muß abgeholfen werden.“

Gerd Georg Eigenwillig: Radon und Radon-Zerfallsprodukte im Uranerzbergbau der WISMUT – Ermittlung von Exposition, zusätzlichen Randbedingungen und Verbesserungen. Zbl Arbeitsmed 54 (2004) 420-429. ●

## Reaktorsicherheit

### „Die deutsche Atomverwaltung ist ineffizient und zukunftsunfähig“

#### Der Bundesumweltminister will die Atomaufsicht zentralisieren.

Die deutsche Atomverwaltung steckt in einer tiefen Krise. Sie ist gegenüber anderen international üblichen Systemen hoffnungslos veraltet, ineffizient bürokratisch, für die öffentliche Verwaltung zu teuer und – ohne weitgehende strukturelle Änderungen – reform- und damit zukunftsunfähig. Diese Ansicht vertrat der Leiter der Abteilung Reaktorsicherheit im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU), Ministerialdirektor Wolfgang Renneberg, auf dem Deutschen Atomrechtstag am 11./12. November 2004 in Berlin. Zugrunde liegt dieser Einschätzung eine Untersuchung der derzeitigen Bundesauftragsverwaltung und möglicher Strukturalternativen im Bereich des Atomrechts durch die Firma Kienbaum Management Consultants, Düsseldorf. Diese Untersuchung hatte der Bundesumweltminister in Auftrag gegeben, nachdem die betroffenen Abteilungsleiter der atomrechtlichen Genehmigungs- und Aufsichtsbehörden der Länder im Dezember 2003 im Länderausschuß für Atomkernenergie ihre Ablehnung einer Neuordnung der Atomverwaltung kundgetan hatten.

Die kerntechnische Fachkompetenz der Behörden in den fünf betroffenen Ländern und beim Bund ist zersplittert und sinkt stetig infolge der derzeitigen Mangelfinanzierung. Der Informationsfluß zwischen Atomaufsicht vor Ort und Bundesaufsicht ist durch die rechtliche Ausgestaltung und durch das politisch geprägte Bund-Länder-Verhältnis stark behindert. Der internationale Erfahrungsaustausch ist eingeschränkt und teilweise

sogar blockiert. Deutschland hat seine führende Rolle im Bereich der atomrechtlichen Gesetzgebung längst verloren, das deutsche Regelwerk ist veraltet und weit hinter die ehemals belächelten internationalen Normen der Internationalen Atomenergieagentur (IAEA) zurückgefallen. So lautet die Diagnose des Ist-Zustandes laut Renneberg. Als Lösung für die Probleme wird vorgeschlagen, die Atomverwaltung in einer Bundesoberbehörde mit Außenstellen im Sinne einer „Bundeseigenverwaltung“ zu zentralisieren. Dies sei gegenüber dem Status quo insge-

## Personalien

### Neue Reaktor-Sicherheitskommission berufen

Bundesumweltminister Jürgen Trittin hat die Mitglieder der Reaktor-Sicherheitskommission (RSK) neu berufen. Das teilte das Bundesumweltministerium (BMU) am 23. Dezember 2004 mit. Die jetzt noch mit 13 Männern besetzte RSK berät das Bundesumweltministerium (BMU) ehrenamtlich in Fragen der wissenschaftlich-technischen Bewertung von Sicherheitsfragen bei Atomanlagen und in Fragen der Entsorgung.

Neu berufen wurden demzufolge die Herren Detlef Appel, PanGeo, Hannover, Dipl.-Ing. Hartmut Lauer, Leiter des Atomkraftwerks Biblis, und Dr. Gisbert Pape, Ingenieurbüro Linder & Pape, Schwer-

te. Erneut berufen wurden Dipl.-Ing. Michael Sailer, Öko-Institut e.V., Darmstadt, (Vorsitzender), Dipl.-Ing. Klaus-Dieter Bandholz, EnergieSystemNord (ESN), Kiel, Dipl.-Phys. Richard Donderer, Physikerbüro Bremen, Prof. Dr. Thomas Fanghänel, Forschungszentrum Karlsruhe GmbH, Dipl.-Ing. Lothar Hahn, Geschäftsführer GRS GmbH, Köln, Dipl.-Ing. Edmund Kersting, GRS GmbH, Köln, und Dipl.-Ing. Rudolf Wieland, TÜV Nord e.V., Hamburg, (stellv. Vorsitzender). Bereits bis 2005 berufen sind Dipl.-Ing. Peter Hess, Preetz, Dir. und Prof. Dr. Anton Erhard, Bundesanstalt für Materialprüfung, (BAM), Berlin,